

## **Analyse des Postitionspapiers der Gruppierung "Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung" (BraMM)**

Die Gruppe "Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung" (BraMM) war in den vergangenen Wochen und Monaten regelmäßig in den Medien präsent. Ursache hierfür sind zahlreiche sogenannte Montagsspaziergänge, von denen die ersten vier in Brandenburg an der Havel stattfanden. Danach zog BraMM nach Fürstenwalde/Spree, Königs Wusterhausen, Luckenwalde und Eisenhüttenstadt. Durch Recherchearbeit konnte schnell festgestellt werden, wer jeden Montag durch die Städte spaziert - knallharte Neonazis der NPD, der Republikaner und anderer neonazistischer Organisationen. Federführend hinter der BraMM stecken Mitglieder und Sympathisant\_innen der Partei "Die Republikaner".

Was jedoch bisher weitestgehend fehlte, war eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem im Januar veröffentlichten 13-Punkte-Programm. Wir sind überzeugt, dass jeder, der sich mit den Inhalten auseinandersetzt und die Probleme benennen kann, immun gegenüber den rechtspopulistischen und menschenverachtenden Ansichten der BraMM-Spaziergänger\_innen werden kann.

### **"1. BraMM steht für Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild."**

PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) und BraMM haben mit dem Werben für direkte Demokratie von Anfang an ein Betätigungsfeld gefunden, welches sich als wichtiges Standbein optimal nutzen lässt, denn so verschaffen sie sich einen bürgerlichen Deckmantel.

Doch worin liegt das Problem? Die direkte Demokratie bringt verschiedene Defizite mit sich, die zumindest diskutiert werden müssen. In ihr besteht die Legislative, im Gegensatz zu einer repräsentativen Demokratie, aus einer enorm großen Gruppe. Daraus folgt, dass einzelne Entscheidungsträger\_innen in einem ganz anderen Verhältnis zur Verantwortlichkeit und Belangbarkeit stehen, als Repräsentant\_innen in einer indirekten Demokratie. Es existieren keine Personen, die sich für ihre Entscheidung öffentlich rechtfertigen müssen, folglich besteht die Wahrscheinlichkeit, dass hart erkämpfte gesellschaftliche und moralische Standards umgeworfen werden, weil eine Mehrheit dies aus dem Bauch heraus entscheidet.

Um sinnvoll partizipieren zu können, benötigen Entscheidungsträger\_innen eine Vielzahl von Informationen. Diese zu recherchieren, sinnvoll aufzuarbeiten und sich anschließend eine Meinung zu bilden, die auf sachlichen Grundlagen fundiert, fällt bereits in unserer indirekten Demokratie einigen Vertreter\_innen schwer. Eine intensive Beschäftigung mit politischen Themen, die so tiefgründig ist, dass sie zum Lenken einer ganzen Volkswirtschaft befähigt, ist für die Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder unmöglich.

Wir als linksjugend ['solid] sind ein basisdemokratisch organisierter Jugendverband und sammeln wöchentlich Erfahrungen mit direkter Demokratie im Kleinen, dennoch sehen wir einen gewaltigen Unterschied zwischen der Organisation einer Basisgruppe und der Organisation der Legislative eines ganzen Staates, sodass wir das System für nicht übertragbar halten. Für eine Nutzung der unmittelbaren Demokratie wäre zumindest ein Herunterbrechen aller politischen Entscheidungen auf die niedrigste Ebene von Nöten, um einzelnen Partizipierenden ein anderes Verhältnis zur Entscheidung zu ermöglichen.

Für eine Gruppe von knapp 81 Millionen Menschen ist die direkte Demokratie jedoch nichts anderes als ein populistisches Vorhaben.

## **"2. BraMM ist für die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten europäischen Kultur."**

Dieser Punkt zeigt gleich mehrere Facetten von BraMM auf: Zum einen scheint die Bewegung sehr inkonsequent in der Umsetzung ihrer eigenen Positionen zu sein, denn an den Spaziergängen nahm immer eine Vielzahl organisierter Neonazis teil, welche sich klar antisemitisch positionieren und teilweise den Holocaust leugnen. Zum anderen ist der Glaube an einen historischen Dualismus dieser beiden Religionen, die einzig und allein zur kulturellen Prägung dieses Landes beigetragen haben sollen, schlichtweg falsch. Durch die Einführung und Verwendung des Begriffes "christlich-jüdische Leitkultur" nach der Jahrtausendwende wird sowohl der Islam als gemeinsamer Hauptfeind, als auch eine christlich-jüdische Symbiose impliziert, die so historisch nicht stattgefunden hat. Der Nationalsozialismus mit der industrialisierten Verfolgung und Ermordung von Juden und Jüdinnen bildet dabei lediglich die Spitze.[1]

Unsere heutige Kultur setzt sich aus mannigfaltigen Einflüssen zusammen, die das Land und die Gesellschaft geprägt haben. Dazu zählen neben religiösen Einflüssen, die aus den drei abrahamitischen Religionen kommen und teilweise auch aus dem davor hier verbreiteten polytheistischen Glauben, vor allem atheistische Einflüsse aus dem Kulturraum Europa im 19. und 20. Jahrhundert und seit der zunehmenden Globalisierung aus der ganzen Welt. Eine rein christlich-jüdische Kultur existiert auch aus diesem Blickwinkel her nicht. Folglich gibt es keine schützens- und erhaltenswerte christlich-jüdisch geprägte europäische Kultur.

### **"3. BraMM steht für uneingeschränkte Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz."**

Meinungsfreiheit ist ein sehr hohes Gut und ein Grundbaustein für eine freie Gesellschaft. Mindestens genauso bedeutend ist jedoch auch Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Gerade diese wollen die BraMM-Spaziergänger\_innen nicht anerkennen, denn die Mehrheit sind bekanntlich Neonazis und Rassist\_innen. Ihr faschistisches, neonazistisches und rassistisches Weltbild hat nichts mit Würde und somit nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

### **"4. BraMM lehnt jede Art von Extremismus ab, egal ob dieser links, rechts und religiös begründet ist."**

Auch dieser Punkt verwundert, denn durch zahlreiche Medienbericht wurde klar herausgestellt, dass eine nicht unbedeutende Zahl von organisierten Neonazis an den Spaziergängen teilgenommen hat. Die Veranstalter\_innen der Spaziergänge sind entweder Mitglieder bei der Partei Die Republikaner oder Symphatisant\_innen dieser. Diese werden laut Verfassungsschutz teilweise als "rechtsextrem" charakterisiert, daher lässt sich vermuten, dass die hier versuchte Abgrenzung von dem sogenannten "rechtsextremistischen" Milieu lediglich das Ziel hat, in der Öffentlichkeit nicht an den rechten Rand gedrängt zu werden und somit eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft schlagen zu können.[2]

Durch das Nennen von linkem und religiös begründetem Extremismus greift BraMM in diesem Punkt zusätzlich die eigenen Feindbilder auf und setzt sie mit rechtem Extremismus gleich. Diese Gleichsetzung durch die Schaffung und Verwendung des Extremismus-Begriffes ist ein seit Jahren gebräuchliches Mittel zur Stigmatisierung und Kriminalisierung von alternativem Gedankengut - nicht nur von Bewegungen wie BraMM, sondern vor allem durch die etablierten Parteien und die staatliche Exekutive. Durch den Begriff wird nahegelegt, dass links- und rechtsradikales Gedankengut das jeweilige negative Äquivalent voneinander seien und damit sich in ihren menschenverachtenden und demokratiefeindlichen An- und Absichten ähneln würden. Grundlage dafür ist die Theorie eines eindimensionalen politischen Spektrums in Hufeisenform, in dessen Mitte sich die Parteien befinden, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entsprechen. Mit dem Begriff "Mitte" wird dabei eine Art von positiver Politik assoziiert, die einzig allein hier zu finden sei. Der Extremismus-Begriff ist daher unter Politikwissenschaftler\_innen stark umstritten. Insbesondere dem Verfassungsschutz ist vorzuwerfen, dass er mit diesem Begriff eine ideologische Gefahrenabwehr vollziehen möchte.[3]

Diesen Begriff lehnen wir strikt ab. Zum einen, weil er "Linksextremismus" und "Rechtsextremismus" auf eine Stufe stellt und damit auch assoziiert, dass vom "Linksextremismus" eine ähnliche Gefahr ausgeht, wie vom "Rechtsextremismus".[4] Dies entspricht nicht der Realität. Während der NSU mordend und raubend durch Deutschland zog, organisierten linke

Aktivist\_innen, die mit dem Begriff "linksextremistisch" eingestuft und diffamiert werden, Hilfe für Flüchtlinge, veranstalteten Bildungsevents und schafften alternative Freiräume jenseits der "Mitte" der Gesellschaft. Zum anderen assoziiert der Begriff, dass rechtes Gedankengut weit von "uns" beziehungsweise der "Mitte" der Gesellschaft entfernt ist und Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit, etc. nur dort existieren.

## **Frauenrechte und Gesellschaftliche Gleichstellung**

Auch dieser Themenbereich wird von BraMM angerissen, allerdings mit einer sehr widersprüchlichen Herangehensweise. Aus unserer Sicht wird mit den Punkten 5 und 12 das gleiche Thema angesprochen, nur eben mit einer gegensätzlichen Quintessenz.

### **"5. BraMM erkennt die Gleichberechtigung der Frau uneingeschränkt an. Ebenso die Rechte aller gesellschaftlichen Minderheiten."**

Zunächst einmal ist gegen diesen Punkt nichts einzuwenden, denn Frauen sind sowohl beim Einkommen als auch durch die patriarchalen gesellschaftlichen Hierarchien weiterhin benachteiligt. Dieser Punkt steht wieder in starkem Widerspruch zu den Ansichten der einzelnen Demonstrationsteilnehmer\_innen. Beispielhaft dafür ist der Bruder des im NSU-Prozess angeklagtem A. Eminger, M. Eminger.[5] Von ihm ist bekannt, dass er familienpolitische Ansichten vertritt, die der Frau zahlreiche Rechte und jegliche Möglichkeiten zur Selbstständigkeit und freien Entfaltung absprechen. Von der NPD und den Republikanern sind ähnliche Ansichten in der Vergangenheit publik geworden oder wurden selbst öffentlich propagiert.[6]

### **"12. BraMM ist gegen "Genderwahn" und die zwanghafte Einführung einer politisch korrekten Sprache. BraMM möchte ideologiefreien Schulunterricht und die Abschaffung der Frühsexualisierung unserer Kinder."**

BraMM spricht mit dem überzogenen Begriff "Genderwahn" vermutlich die Verwendung von geschlechtsneutraler Sprache an, wie sie in einigen wenigen Feldern der Öffentlichkeit bereits Anwendung findet. Trotz der zuvor angesprochenen Gleichberechtigung scheint die Übertragung eben dieser in die verwendete Sprache für BraMM ein No-Go zu sein.

Wir sind davon überzeugt, dass Gleichberechtigung nur dann Erfolg haben kann, wenn sie in allen Bereichen konsequent umgesetzt wird. Für die Gleichberechtigung aller Menschen reicht eine gesetzliche Gleichstellung allein nicht aus. Die Gesellschaft muss verändert werden und dazu gehört eben auch die Sprache. Patriarchalische Strukturen sind in eben dieser gut zu erkennen und leiten sich teilweise auch aus ihr ab. Sie zu reformieren gehört damit zum Kampf für die Rechte aller. Dabei ist politisch korrekte Sprache keine Pflicht, sondern obliegt der Entscheidung des

Einzelnen beziehungsweise der Organisation, für die die Person tätig ist. Von einer "zwanghaften Einführung" kann in keinem Fall die Rede sein.

BraMM wünscht sich einen ideologiefreien Schulunterricht, wobei wir nur vermuten können, was damit gemeint ist, denn bezieht sich die Kritik lediglich auf das Unterrichtsfach "Politische Bildung" verwundert diese nicht, denn die in ihm vermittelten Werte und Weltanschauungen kollidieren mit denen der BraMM-Sympathisant\_innen. Wir sehen den Politikunterricht ebenfalls kritisch, insbesondere da auch hier der Extremismusbegriff zum Unterrichtsstoff gehört; von einem "ideologisiertem" Unterricht kann trotzdem keine Rede sein.

Der Begriff "Frühsexualisierung" ist fester Bestandteil in Kritiken des Schulsystems aus ultrakonservativen und rechten Kreisen. Gemeint ist hiermit die sexuelle Aufklärung von Kindern im Schulunterricht, die angeblich viel zu früh stattfindet und sie in ihrer Entwicklung negativ beeinflusst.[7] Aufklärung ist jedoch wichtig, denn nur durch die Vermittlung von Wissen können Kinder langfristig vor Krankheiten, Ängsten und Selbstzweifeln bewahrt werden. Die Aufklärung von Kindern sollte nicht erst nach dem Ende der Pubertät beginnen, sondern muss sie gerade in dieser Phase der Veränderung begleiten. Sexuelle Aufklärung wird im Schulunterricht früher praktiziert, weil Kinder immer eher pubertieren.[8] Eine frühe sexuelle Aufklärung ist demnach keine politische, sondern eine rein gesundheitliche und soziale Entscheidung, die es den Kindern ermöglichen soll, mit den Herausforderungen und Veränderungen möglichst gut umzugehen.

## **Das Thema Asylpolitik**

Die deutsche Asylpolitik ist das Grundthema, welches PEGIDA und BraMM inhaltlich eint. Die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten, die in Dresden mittlerweile zu einer Spaltung geführt haben, hatte die Bewegung in anderen Orten bisher erfolgreich durch das gemeinsame Thema Asylpolitik überdeckt.[9] Durch alle Thesen zieht sich als roter Faden eine Ablehnung gegenüber Flüchtlingen und der bisherigen Flüchtlingspolitik - auch wenn BraMM in seinen Thesen versucht, diese Ablehnung, verbunden mit menschenverachtenden Ansichten, wie Rassismus, möglichst gemäßigt zu äußern.

**"6. BraMM bekennt sich zum Grundrecht auf Asyl. Eine Trennung nach Asyl- und Einwanderungsgründen ist zwingend erforderlich. Ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild wird angestrebt."**

BraMM spricht vom Grundrecht auf Asyl, beachtet dabei jedoch nicht, dass dieses seit 1993 durch den so genannten Asylkompromiss de facto abgeschafft wurde.[10] Des Weiteren fordert BraMM eine "notwendige Trennung von Asyl- und Einwanderungsgründen". Auch wenn Selbiges hier nicht offen ausgesprochen wird, so lässt sich doch vermuten, dass BraMM damit die sogenannte

"Armutseinwanderung aus Osteuropa" bekämpfen will. So schafft es BraMM den Rassismus und Nationalismus geschickt zu verstecken. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei den großen "Flüchtlingsströmen" nicht um Menschen, die unter das Asylrecht fallen.

Das Problem bei diesem Verfahren ist, dass sich Einwanderungs- und Asylgründe, wenn überhaupt, nur sehr schwer voneinander trennen lassen. Das Festlegen von Grenzen obliegt lediglich den hierzulande politisch Verantwortlichen. So kommt es, dass beispielsweise Flüchtlinge aus Osteuropa, vor allem Roma und Sinti, die in ihrer Heimat offen diskriminiert werden, in Deutschland kein Recht auf Asyl haben. Dies wurde durch die äußerst zweifelhafte, antiziganistische Reform des Asylrechts im Jahr 2014 durch Stimmen der CDU, SPD und der Grünen ermöglicht.[11]

Die kanadischen Einwanderungsbestimmungen sehen vor, dass Menschen für bestimmte Eigenschaften Punkte bekommen. So erhalten sie diese für Englischkenntnisse, Allgemeinbildung, Alter und Berufserfahrung, aber auch für den persönlichen Eindruck. [12] Nur mit einer hohen Punktzahl ergibt sich die Möglichkeit dauerhaft nach Kanada zu immigrieren. Dieses System wird in Deutschland oft als vorbildhaft angesehen und Anfang März schlug die SPD vor, dieses als Grundlage für eine Gesetzesänderung zu nehmen.[13]

In unseren Augen ist das Vergleichen von Menschen anhand eines Punktesystems schlichtweg menschenunwürdig. Es werden gezielt Menschen ausgesiebt, die nicht in das kapitalistische Weltbild der westlichen Industriestaaten passen. Alte und Kranke, Kinder und Menschen aus armen Verhältnissen, die vielleicht bisher keine Chance hatten Zugang zu Bildung zu bekommen, müssen weiter in ihren prekären Verhältnissen leben, während wohlhabende, gut ausgebildete und junge Fachkräfte eine Chance "auf" Europa haben. Mit Würde hat das wenig zu tun.

Es muss ein Umdenken stattfinden, denn Flüchtlinge werden nach wie vor meist als Belastung wahrgenommen, obwohl Deutschland sie dringend benötigt. Der demographische Wandel zwingt die Bundesrepublik quasi die "Festung Europa" langfristig einzureißen, auch wenn das in den meisten etablierten Parteien und auch bei BraMM und PEGIDA niemand hören will. Doch selbst davon sollten wir uns nicht leiten lassen: Bestimmend ist einzig und allein der Punkt der Menschlichkeit. Jeder Mensch ist gleich an Rechten, und damit auch gleich in seiner / ihrer Freiheit dorthin zu gehen, wohin er/sie mag. Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe und andere äußere Merkmale interessieren dabei nicht. Ziel muss es sein, eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen, egal wo sie geboren sind, kommen und gehen dürfen, wohin sie wollen.

## **"7. BraMM ist für eine klare Umsetzung der bestehenden deutschen und europäischen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung. (siehe Drittstaatenregelung)"**

Artikel 16a des 1993 geänderten Grundgesetzes beschreibt die sogenannte "Drittstaatenregelung". Laut dieser haben Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht einen "sicheren Drittstaat" durchquert haben,

kein Recht auf Asyl in Deutschland. In der praktischen Umsetzung bedeutet dies, dass alle Flüchtlinge, die Deutschland über den Landweg erreicht haben, ohne Weiteres wieder abgeschoben werden können.

Durch das "Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ)" aus dem Jahre 1995 und das "Dubliner Übereinkommen (DÜ)" von 1997 wurde die "Drittstaatenregelung" de facto für ganz Europa festgelegt. Flüchtlinge müssen rein rechtlich seitdem in den Staaten an der EU-Außengrenze ihren Asylantrag stellen. Für reiche Länder wie Deutschland ist dies eine äußerst komfortable Situation, die sie von jeglicher Verantwortung entbindet und die Probleme weit weg bleiben lässt.

Die Abschiebepaxis, wie sie in Deutschland und in weiten Teilen Europas gehandhabt wird, ist ein unverantwortliches und menschenverachtendes Konzept, welches auf keiner sachlichen Grundlage fußt. Durch das Abschotten der europäischen Außengrenzen durch die Agentur Frontex und ähnliche Organisationen wird eine Art Festung geschaffen, die zu erklimmen das Ziel zahlreicher Menschen ist.

Aus europäischer Sicht steckt dahinter der Irrglaube, dass sich die Problematik der Flüchtlinge lösen ließe, wenn diese in ihre Heimatländer zurückschickt werden. So handelt die Agentur Frontex im Namen der Europäischen Union oft menschenunwürdig, indem sie Flüchtlingsboote wieder auf das offene Meer zurückschleppt.[14]

**"8. BraMM ist für schnellere Asylverfahren nach dem rechtsstaatlichen Vorbild der Niederlande, mit einer Verfahrensdauer von max. 10 Tagen."**

Auch wir wären froh, wenn Flüchtlinge nicht derart lange auf die Bestätigung oder Ablehnung ihrer Anträge warten müssten, jedoch haben wir dafür andere Beweggründe.

Die Forderung nach einer Dauer von maximal zehn Tagen halten wir für stark populistisch. Die Asylanträge der Flüchtlinge müssen intensiv geprüft, die Situation im Heimatland herausgearbeitet und die Umstände sowie Ereignisse recherchiert werden. Damit ein solcher Vorgang gründlich und gewissenhaft geschehen kann, bedarf es einer längeren Zeit, auch weil Flüchtlinge oft noch unter Schock stehen. Sie in dieser Situation intensiv zu befragen, halten wir für falsch. Eine gewisse Zeitspanne, die individuell bemessen werden muss, ist daher von Nöten.

Im Allgemeinen denken wir, dass in die Unterbringungsmöglichkeiten, die Versorgung als auch in die Bearbeitung der Anträge Geld investiert werden muss, um einen schnelleren, einfacheren und komfortableren Umgang für alle zu ermöglichen. Die momentane Überlastung der Behörden und Flüchtlingsunterbringungen haben ihren Ursprung in den über Jahre fehlenden Investitionen.

## **"9. BraMM setzt sich für schnelle Verfahren zur Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber und Migranten ein."**

Sogenannte "Kriminelle Ausländer" bleiben ein weit verbreiteter Mythos, der in den meisten Fällen auf Vorurteilen fußt. In vielen Orten konnte die Polizei zweifelsfrei bestätigen, dass durch neue Flüchtlingsunterkünfte die Zahl der Straftaten nicht zugenommen hat.[15]

Dass dennoch einige Statistiken anders ausfallen, hat bestimmte Gründe: So können illegale Einreisen und Verstöße gegen die Residenzpflicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund begangen werden. Es darf eigentlich nicht verwundern, dass, wenn eine Bevölkerungsminderheit durch spezielle Gesetze besonders reglementiert wird, diese auch häufiger gegen jene Gesetze verstößt. Des Weiteren haben Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland kommen, zunächst einmal ein Arbeitsverbot. Durch den weit verbreiteten Alltagsrassismus fällt es vielen Menschen auch nach einem erfolgreich gestellten Asylantrag schwer, den Einstieg in die Berufswelt zu schaffen.

Viele Flüchtlinge können daher keiner Beschäftigung nachgehen. Da sie zusätzlich von den deutschen Behörden nur sehr prekär ausgestattet werden und in einem starken Wohlstandsgefälle zur direkten deutschen Nachbarschaft leben, ist Kriminalität leider teilweise vorprogrammiert. Ursächlich dafür sind jedoch nicht die Flüchtlinge sondern die verfehlte Integrationspolitik, die solche Misstände erst möglich macht.

Wir als linksjugend [solid] Brandenburg an der Havel fordern daher die Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete, um ihnen somit von Anfang an auch eine berufliche Integration zu ermöglichen. Zur Vorbeugung von Straftaten müssen zudem Sprachkurse und Integrationsarbeit massiv finanziell unterstützt werden, denn nur so ist es möglich für die gesamte Bevölkerung ein positives Zusammenleben zu ermöglichen.

## **"10. BraMM ist gegen eine weitere Förderung der deutschen Sozial- und Integrationsindustrie."**

Die beiden Worte Sozial- und Integrationsindustrie überraschten uns, da sie für uns komplett neu waren und wir nicht wussten, was die Verfasser\_innen von BraMM hiermit aussagen wollen. Unsere Recherche im Nachschlagewerk DUDEN und in der Enzyklopädie Wikipedia bestätigten uns, dass es nicht nur an uns liegt, sondern die beiden Wörter nicht zur deutschen Sprache gehören. Es scheint sich um eine Wortneuschöpfung zu handeln, um dieses Thema polemisch verpackt zu thematisieren.

Fündig wurden wir beim Tagesspiegel, welcher einen Kommentar mit dem Titel "Integrationsindustrie" auf seiner Website führt.[16] Von diesem ausgehend nehmen wir an, dass mit Integrationsindustrie all die Organisationen und Unternehmen gemeint sind, die sich um die Versorgung der Flüchtlinge hierzulande kümmern. Die Zeitung "Die Welt" stellt fest, dass diese so



genannte Branche im Moment boomt.[17] Durch die Privatisierung der Integration laufen sämtliche Leistungen mittlerweile über private Träger wie Caritas, Diakonisches Werk, Arbeiterwohlfahrt und andere, was zur Folge hat, dass sogar ausgebeutete Menschen wie Flüchtlinge nochmals durch die Verwertung von Unternehmen ausgebeutet werden können.

Sollte BraMM das Gleiche wie wir unter Integrationsindustrie verstehen, so teilen wir ihre Ansicht, dass derartige Entwicklungen zu stoppen sind. Allerdings keinesfalls ersatzlos, sondern durch ein finanziell gut ausgestattetes und engagiertes Integrationskonzept mit staatlichen Trägern. In unseren Augen ist es ein Unding, dass mit Flüchtlingen Gewinne erwirtschaftet werden können. Wir fordern, dass die gesamten aufgewendeten Gelder bei den Flüchtlingen ankommen und der deutsche Staat für eben jene endlich Verantwortung übernimmt.

**"11. BraMM ist für mehr modern ausgerüstete polizeiliche Einsatzkräfte und mehr Polizisten auf der Straße, speziell zur Bekämpfung der Grenzkriminalität."**

Durch ein bloßes Hochrüsten der Polizeikräfte mag es vielleicht eine vermehrte Aufklärung der Straftaten geben, jedoch kein Absinken der Kriminalität. Was geschieht ist lediglich die Bekämpfung der Symptome eines Problems, welches sich durch verfehlte EU-Politik, Armut und Perspektivlosigkeit in Nachbarländern entwickeln konnte. Um nachhaltig die sogenannte Grenzkriminalität zu bekämpfen, muss vieles getan werden; vor allem jedoch muss sich um die Ursachen gekümmert werden, die meist jenseits der Grenze liegen. Zudem würde eine bessere Vernetzung der Polizeikräfte auf beiden Seiten der Grenze die Polizeiarbeit zusätzlich effektiver machen, sodass es gar keiner zusätzlichen Einsatzkräfte bedürfe.

Vergessen werden darf bei diesem Punkt jedoch auch nicht, worauf BraMM zum wiederholten Mal anspielt: Es ist das stereotypische Vorurteil eines "braven, ordentlichen und freundlichen Deutschen" gegen das Bild des "kriminellen, polnischen Ausländers". Diese rassistischen Vorurteile, welche auch in anderen Punkten durchklingen, bilden aus BraMM-Sicht die Ursache für die Grenzkriminalität.

Des Weiteren neigen Staaten mit hochgerüsteten Polizeikräften nicht selten zu autoritären Verhaltensweisen und etwaige Fehler haben schwerere Folgen, wie in den USA unter anderem am Tod Michael Browns und an den Reaktionen des Exekutivapparates zu beobachten ist. Auch in Deutschland sind bei Protesten und Gegenaktionen teilweise unverhältnismäßige Polizeieinsätze, beispielsweise am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main oder am 21. Dezember 2013 in Hamburg, zu beobachten.[18]

### **"13. BraMM setzt sich für die Abschaffung des Rundfunkbeitrag (TV-Steuer) und gegen die subjektive und manipulative Berichterstattung der Medien ein."**

Journalismus beziehungsweise Berichterstattung kann im seltensten Fall objektiv sein, da sie von Menschen durchgeführt wird, welche eine bestimmte Sicht auf die Welt haben und wiederum von Menschen konsumiert wird, die auch eine eigene Sicht auf diese haben. Was nicht sein darf, ist Hetze. Diese kommt allerdings selten von den öffentlich-rechtlichen Medien, sondern zumeist von privaten Medien(-agenturen). Der Rundfunkbeitrag sichert eine weitestgehend werbefreie, relativ neutrale Berichterstattung. Ohne Rundfunkbeiträge gäbe es im Fernsehen und Radio deutlich mehr Werbung und mehr Macht für private Mediengesellschaften.

#### **Fazit**

Abschließend lässt sich sagen, dass die meisten Forderungen neutral erscheinen, jedoch bei genauerer Analyse eindeutig auf rechtspopulistischen Ideen basieren. Andere sind widersprüchlich, dies kann, zum Beispiel bei der Anerkennung der Rechte der Frau, auf eine vermutlich präventive Wirkung hinsichtlich des Vorwurfs der Frauenfeindlichkeit zurückgeführt werden.

In fast allen Forderungen sind klar rassistische Hintergründe zu finden, welche "bürgerlich" verpackt wurden, ähnlich wie bei PEGIDA. Anders als in Dresden oder Leipzig konnten im Land Brandenburg aber bis jetzt keine Erfolge gefeiert werden. Bereits nach dem ersten Spaziergang wurde öffentlich, welches Klientel im Bundesland Brandenburg von BraMM angesprochen wird, nämlich Neonazis und Rassist\_innen aus der NPD und deren Umfeld. Somit ging das Konzept eines bürgerlichen Deckmantels nicht auf und die BraMM-Spaziergänge wurden keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie PEGIDA oder LEGIDA.

## Quellen:

- [1] vgl. <http://www.bpb.de/apuz/156781/fallstricke-bei-der-bildungsarbeit-gegen-antisemitismus>
- [2] [https://web.archive.org/web/20090806205226/http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht\\_2006.pdf](https://web.archive.org/web/20090806205226/http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2006.pdf); <http://agantifabrb.blogspot.eu/2015/01/wer-steckt-eigentlich-hinter-brandenburg-fuer-die-meinungsfreiheit-und-mitbestimmung/>
- [3] <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/oktober/%C2%BBverfassungsschutz%C2%AB>
- [4] <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336441.de>
- [5] <http://agantifabrb.blogspot.eu/2015/01/spaziergang-von-bramm-pegida-entpuppt-sich-als-neonaziveranstaltung/>
- [6] <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.368724.de>
- [7] <http://www.freiewelt.net/interview/fruehsexualisierung-manipuliert-und-verfuehrt-unsere-kinder-19413/>
- [8] <http://www.eltern.de/schulkind/jugendliche/pubertaet-frueher.html>
- [9] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dresden-pegida-abspaltung-meldet-demo-mit-5000-teilnehmern-an-a-1015733.html>
- [10] <http://de.wikipedia.org/wiki/Asylkompromiss>
- [11] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/gruene-tragen-asyl-kompromiss-im-bundesrat-mit>
- [12] <http://www.auswandern-auf-probe.de/einwanderung-kanada.htm>
- [13] <https://www.tagesschau.de/inland/einwanderung-109.html>
- [14] <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-129086809.html>
- [15] <http://www.pnn.de/potsdam/795599/>
- [16] <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/einwanderung-die-integrationsindustrie/1062054.html>
- [17] <http://www.welt.de/print-welt/article325843/Die-Integrations-Industrie.html>
- [18] [https://blockupy.org/2118/stellungnahme-der-demosanitaeter\\_innen-zum-polizeieinsatz-am-01-06-2013-in-frankfurt-am-main/](https://blockupy.org/2118/stellungnahme-der-demosanitaeter_innen-zum-polizeieinsatz-am-01-06-2013-in-frankfurt-am-main/); <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/reaktionen199.html>